

Zollrecht aktuell

Europäisches CO₂-Grenzausgleichssystem (Carbon Border Adjustment Mechanism, kurz: CBAM)

April 2023 (1)

Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die ersten Anforderungen, die sich aus dem europäischen Carbon Border Adjustment Mechanism (CO₂-Grenzausgleichssystem, CBAM) ergeben, müssen schon bald umgesetzt werden: Voraussichtlich ab Herbst 2023 erwarten Unternehmen erste Meldepflichten.

Bis 2050 soll Europa ein klimaneutraler Kontinent werden (Gesetzespaket „Fit for 55“). Im Rahmen dessen stellte die Europäische Kommission im Juli 2021 für bestimmte Sektoren einen Grenzausgleichsmechanismus für Kohlendioxid vor, der der Verlagerung von Treibhausgasemissionen in Drittländer entgegenwirken soll. Bereits ab dem 1. Oktober 2023 haben Unternehmen entsprechende Berichtspflichten zu erfüllen.

In diesem Newsletter möchten wir Ihnen die relevantesten Aspekte des aktuellen Verordnungsentwurfs vom 14. Dezember 2022 erläutern.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Michael Tervooren

Partner / Head Customs, Excise & International Trade

Patrick Kalski

Director / Customs, Excise & International Trade

Inhalt

Europäisches CO ₂ -Grenzausgleichssystem (CBAM)	2
In Kürze	2
Wesentliche Inhalte der Verordnung	2
Fazit	5
 Service	 5
Hinweis SAP GTS	5
 Über uns	 6
Ihre Ansprechpartner	6
Redaktion	6
Bestellung	6

Europäisches CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM)

In Kürze

Der europäische „Green Deal“ hat als Ziel, bis 2030 die CO₂-Emission um 55% gegenüber dem Stand von 1990 zu verringern und bis 2050 ein klimaneutraler Kontinent zu werden (Gesetzespaket „Fit for 55“). Daher stellte die Europäische Kommission am 14. Juli 2021 für bestimmte Sektoren einen Grenzausgleichsmechanismus für Kohlendioxid vor, der zum Zweck hat, dem Risiko der Verlagerung von Treibhausgasemissionen in Drittländer entgegenzuwirken. Inhalt dieses Vorschlags ist, dass für die mit bestimmten importierten Gütern verbundenen Treibhausgasemissionen bei Einfuhr in die EU derselbe Kohlenstoffpreis gezahlt wird, wie im EU-Emissionshandelssystem.

Ziel ist es, die mit der Herstellung bestimmter Güter verbundenen grauen Emissionen bei der Einfuhr in das Zollgebiet der Union zu regulieren.

Die grundlegende Funktionsweise des Mechanismus besteht darin, dass Importeure bestimmter Waren zunächst quartalsweise, später jährlich, eine Mitteilung über die bei der Herstellung importierter Güter angefallenen grauen Emissionen einreichen und für die verursachten CO₂-Emissionen eine korrespondierende Anzahl an CBAM-Zertifikaten abgeben müssen.

Wesentliche Inhalte der Verordnung

Aktueller Stand des Gesetzgebungsverfahrens

Der Rat der Europäischen Union erzielte am 14. Dezember 2022 ein Einvernehmen über die allgemeine Ausrichtung des CO₂-Grenzausgleichssystems. Dabei wurden Anpassungen getroffen, die in erster Linie den ursprünglichen Entwurf vom 14. Juli 2021 weiter konkretisierten. Die grundlegenden Änderungen betreffen besonders den zeitlichen Ablauf der CBAM-Einführung und die Produkte, für die CBAM relevant ist.

Der aktuelle Entwurf der CBAM-Verordnung sieht zunächst die Anwendung auf die Produktkategorien Zement, Eisen & Stahl, Elektrizität, Düngemittel, Aluminium und Chemikalien vor. Es besteht die Möglichkeit, in Zukunft den Anwendungsbereich der Verordnung auf weitere Produktkategorien wie z.B. Kunststoffe auszuweiten.

Die Veröffentlichung und Bekanntgabe der finalen Verordnung steht noch aus.

Zeitlicher Ablauf der CBAM-Implementierung



Berichtspflichten ab dem 01. Oktober 2023

Der derzeitige Verordnungsentwurf sieht für die Übergangsphase vom 01. Oktober 2023 bis zum 31. Dezember 2025 vor, dass die Importeure jedes Quartal einen sog. „CBAM-Bericht“ an die EU-Kommission übermitteln. Die Frist für die Einreichung des Berichts ist jeweils ein Monat nach Quartalsende.

Folgende Angaben müssen nach Art. 35 Abs. 2 des Verordnungsentwurfs in dem CBAM-Bericht enthalten sein:

- Gesamtmenge jeder Warenart** in Megawattstunden bei Strom und in Tonnen bei anderen Waren, aufgeschlüsselt nach den Anlagen, die die Waren im Ursprungsland herstellen,
- tatsächliche **gesamte graue Emissionen** in Tonnen CO₂e-Emissionen pro Megawattstunde Strom oder, bei anderen Waren, pro Tonne CO₂e-Emissionen pro Tonne jeder Warenart,
- tatsächliche **gesamte indirekte graue Emissionen** in Tonnen CO₂e-Emissionen pro Tonne jeder anderen Warenart als Strom,
- CO₂-Preis**, der in einem Ursprungsland für die mit den eingeführten Waren verbundenen (grauen) Emissionen entrichtet werden muss.

Die Berichtspflicht gilt auch für Waren, die in die aktive Veredelung überführt werden, jedoch nicht für die Einfuhr im Verfahren der passiven Veredelung entstandenen Veredelungserzeugnissen (Art. 259 UZK) und Rückwaren (Art. 203 UZK).

Die nationalen Zollbehörden sollen bei der Einfuhr der Waren die Zollanmelder über ihre Berichtspflichten hinsichtlich des Art. 35 des Verordnungsentwurfs informieren.

CBAM-Registrierung ab dem 01. Januar 2025

Ab dem 31.12.2024 soll es die Möglichkeit geben, dass sich Einführer als CBAM-Anmelder registrieren lassen. Spätestens zum 01.01.2026 ist die Registrierung Voraussetzung für die Einfuhr von Waren, die vom Anwendungsbereich der Verordnung umfasst sind. Die Registrierung soll planmäßig über das sog. CBAM-Register der EU-Kommission laufen. Die Entscheidung über die Zulassung als CBAM-Anmelder trifft die zuständige Behörde im Mitgliedstaat. Welche Behörden konkret in Deutschland zuständig sein werden, ist noch nicht bekannt.

CBAM-Erklärung und CBAM-Zertifikate-Handel ab dem 01. Januar 2026

Ab dem 01. Januar 2026 soll die tatsächliche Verpflichtung für die Einführer der genannten Waren beginnen, eine entsprechende Anzahl an CBAM-Zertifikaten abzugeben, die den mit den importierten Waren verbundenen grauen Emissionen entspricht.

Die Abgabe der CBAM-Zertifikate erfolgt ebenfalls über das CBAM-Register. Die EU-Kommission zieht jährlich automatisch bis zum 31. Mai für das vorausgehende Kalenderjahr die entsprechende Anzahl der CBAM-Zertifikate ein. Die Anzahl der notwendigen CBAM-Zertifikate ergibt sich aus der Berechnung der grauen Emissionen, die in der CBAM-Erklärung festgehalten werden muss. Die CBAM-Erklärung muss

ebenfalls jährlich bis zum 31. Mai über das CBAM-Register abgegeben werden, unterscheidet sich aber inhaltlich vom CBAM-Bericht, welcher im Zuge des Übergangszeitraumes abgegeben werden muss.

Folgende Angaben müssen nach Art. 6 Abs. 2 des Verordnungsentwurfs in der CBAM-Erklärung enthalten sein:

- a. Die **Gesamtmenge jeder Art von Waren**, die im vorangegangenen Kalenderjahr eingeführt wurde, ausgedrückt in Megawattstunden für Elektrizität und in Tonnen für andere Waren,
- b. die in diesen **Gütern enthaltenen Gesamtemissionen**, ausgedrückt in Tonnen CO₂e-Emissionen pro Megawattstunde Strom oder, für andere Güter, in Tonnen CO₂e-Emissionen pro Tonne jeder Güterart, berechnet gemäß Artikel 7 und geprüft gemäß Artikel 8
- c. die **Gesamtzahl der abzugebenden CBAM-Zertifikate**, die den gesamten grauen Emissionen gemäß Absatz 2 Buchstabe b entspricht, nach der Kürzung aufgrund des in einem Herkunftsland gezahlten Kohlenstoffpreises gemäß Artikel 9 und der Anpassung, die erforderlich ist, um dem Umfang Rechnung zu tragen, in dem EU-EHS-Zertifikate gemäß Artikel 31 kostenlos zugeteilt werden.
- d. eine **Kopie des Prüfberichts**, der von der akkreditierten Prüfstelle gemäß Artikel 8 und Anhang V ausgestellt wurde.

Der Verkauf der CBAM-Zertifikate an die zugelassenen CBAM-Anmelder erfolgt über eine zentrale Plattform, welche zwischen dem Mitgliedsstaat und der EU-Kommission eingerichtet wird.

Der Preis der CBAM-Zertifikate wird nach einem von der EU-Kommission festgelegtem Verfahren für jede Kalenderwoche bestimmt.

Berechnung der Abgaben und der grauen Emissionen

Der Verordnungsentwurf enthält eine Bestimmung zur Anrechnung von CO₂-Preisen, die der zugelassene Anmelder im Ausland gezahlt hat, sowie kostenlose Zuteilungen auf EU-Ebene. Daraus ergibt sich die folgende Berechnung der Abgabenhöhe der CBAM-Zertifikate:

Abgabekosten auf Grund grauer Emissionen

- Kürzung für den im Ausland gezahlten Kohlenstoffpreis
- Kürzung für die kostenlose Zuteilung innerhalb der EU
- = Abgabehöhe (muss in Form von CBAM-Zertifikaten bezahlt werden)

Bei der Berechnung der grauen Emissionen für Einfuhren aus Drittländern wird zwischen „einfachen Waren“ und „komplexen Waren“ unterschieden:

- „**einfache Waren**“ sind Waren, die im Rahmen eines Herstellungsverfahrens erzeugt werden, für das ausschließlich Vormaterialien und Brennstoffe benötigt werden, die keine grauen Emissionen beinhalten
- „**komplexe Waren**“ sind andere Waren als einfache Waren (vgl. Anhang III der Verordnung)
- Die **spezifischen grauen Emissionen** einer einfachen Ware werden anlagenspezifisch berechnet, indem die dem Gut zugeordneten Emissionen durch das Aktivitätsniveau des Gutes dividiert werden.
 - Die zugeordneten Emissionen beziehen sich auf den Teil der direkten (und ggf. indirekten) Emissionen der Anlage während des Berichtszeitraums, der durch den Produktionsprozess verursacht wird.
 - Das Aktivitätsniveau bezieht sich auf die Menge des während des Berichtszeitraums in dieser Anlage produzierten Gutes.
- Bei den komplexen Waren werden die grauen Emissionen anlagenspezifisch berechnet, indem zuerst die dem Gut zugeordneten Emission mit den grauen Emissionen der im Produktionsprozess verbrauchten Einsatzstoffe (Vorprodukte) addiert werden. Im zweiten Schritt erfolgt wieder die Division durch das Aktivitätsniveau des Gutes.

Nähere Einzelheiten zur Berechnung der spezifischen grauen Emissionen werden sich voraussichtlich aus den angekündigten Durchführungsakten ergeben.

Sanktionen

Der Verordnungsvorschlag sieht sowohl Sanktionen für den Übergangszeitraum als auch für die Zeit nach der vollständigen Implementierung von CBAM vor. Im Übergangszeitraum nimmt die Kommission zuerst eine unterstützende Rolle ein, indem sie bei einem fehlerhaften Bericht, die fehlenden Daten an die zuständige Behörde weitervermittelt. Es wird ein Berichtigungsverfahren eingeleitet, indem der fehlerhafte Bericht ohne Sanktion berichtigt werden kann. Sollte diese Chance der Berichtigung nicht wahrgenommen werden, verhängt die zuständige Behörde eine „wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktion gegen den Einführer“ gemäß Art.35 Abs.5 des Verordnungsentwurfs.

Ab dem 01.01.2026 gelten andere Regelungen in Bezug auf die Abgabe der CBAM-Erklärung und den CBAM-Zertifikaten. Wer nicht bis zum 31. Mai eines jeden Jahres eine Anzahl von CBAM-Zertifikaten abgibt, die den grauen Emissionen entspricht, die mit den im Vorjahr eingeführten Waren verbunden sind, hat mit einer Geldstrafe zu rechnen (Art. 26 Abs. 1 des Verordnungsentwurfs). Diese Geldstrafe beläuft sich für jedes von dieser Person nicht abgegebene CBAM-Zertifikat – abhängig von der Dauer, der Schwere, des Umfangs und Wiederholung des Verstoßes sowie dem Grad der Zusammenarbeit der Person mit der zuständigen Behörde – auf das Drei- bis Fünffache der für das Jahr der Wareneinfuhr geltenden Sanktion (Art. 26 Abs. 2 des Verordnungsentwurf). Für die Höhe der Geldstrafe wird auf Art. 16 Abs. 3 bzw. 4 der Richtlinie 2003/87/EG (Richtlinie über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 96/61/EG des Rates) verwiesen.

Fazit

Der am 14. Dezember 2022 veröffentlichte Verordnungsentwurf ist aktuell noch nicht verabschiedet und kann deshalb noch Veränderungen unterliegen. Jedoch ist es für Ihr Unternehmen jetzt schon wichtig, sich mit dem CBAM auseinander zu setzen, da die Berichtspflicht voraussichtlich ab dem 1. Oktober 2023 in Kraft tritt.

Gerne unterstützen wir Sie dabei, in Ihrem Unternehmen eine Betroffenheitsanalyse durchführen sowie Stammdaten und das Supply Chain Management zu prüfen, damit Sie wissen, ob Ihre Importwaren von der CBAM-Regelung betroffen sind, und wie Sie rechtsicher agieren.

Service

Hinweis SAP GTS

Welche Anforderungen bestehen an den Export in andere Länder oder Regionen? Wie können Sie sicherstellen, dass Sie alle neuen Zollvorschriften zeitgerecht umsetzen? Wie lassen sich die Prozesse schlanker gestalten oder komplett automatisieren? Die Anforderungen an den internationalen Handel wachsen stetig. Für Unternehmen ist es nicht leicht, in diesem Dschungel an Vorschriften den Überblick zu behalten. PwC ist Ihr Ansprechpartner für diese Themen. Wir bieten einen ganzheitlichen Beratungsansatz zu allen Aspekten des Zoll und Außenhandels – von der Strategie bis zur Umsetzung: **SAP GTS - einfach und günstig.**

Über uns

Ihre Ansprechpartner

Dr. Michael Tervooren
Tel.: +49 211 981-7641
michael.tervooren@pwc.com

Patrick Kalski
Tel.: +49 211 981-5851
patrick.kalski@pwc.com

Dagmar Obermeyer
Tel.: +49 40 63 78-1084
dagmar.obermeyer@pwc.com

Redaktion

Für Ihre Fragen, Hinweise und Anmerkungen zum Newsletter stehen Ihnen unsere Ansprechpartner aus der Redaktion gern zur Verfügung. Wir freuen uns auf Ihr Feedback.

Dr. Michael Tervooren
Tel.: +49 211 981-7641
michael.tervooren@pwc.com

Dagmar Obermeyer
Tel.: +49 40 63 78-1084
dagmar.obermeyer@pwc.com

Bestellung

Interessenten können unseren Newsletter Zollrecht aktuell [hier](#) bestellen.

(Bitte auf der PwC Internetseite ganz nach unten scrollen).

Die Beiträge dieser Publikation sind zur Information unserer Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

©April 2023 PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.
"PwC" bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.

www.pwc.de